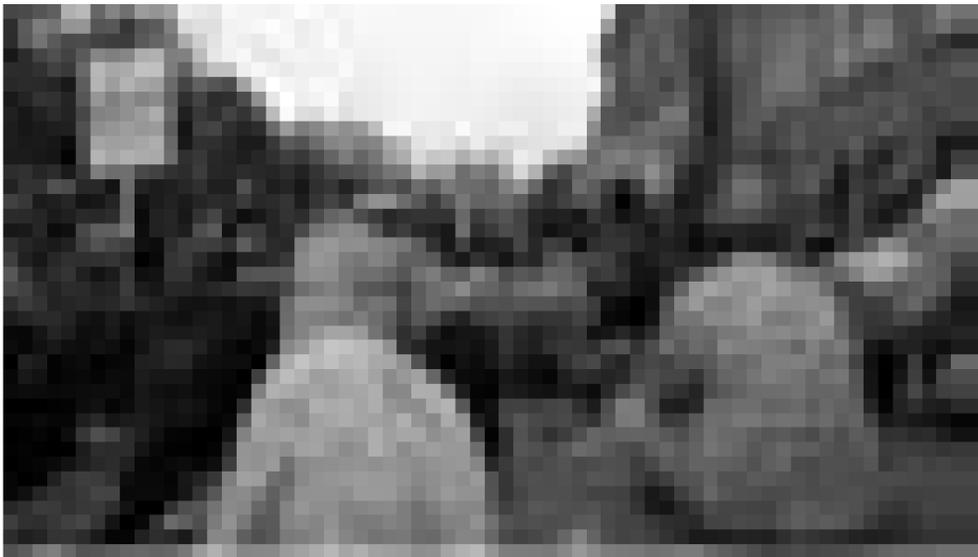


OXFAM-POSITIONSPAPIER

Vergangene G8-Versprechen halten



Friedliche Sitzblockade gegen Wasserwerfer bei der Großdemo vom 2. Juni.

(Foto: <http://altf4.org/gallery/g8>)

Die Bilder von den Krawallen drohen, die Inhalte der Anti-G8-Proteste in den Hintergrund zu drängen. Exemplarisch hier Auszüge aus einem Positionspapier der Nord-Süd-NGO Oxfam im Vorfeld des G8-Treffens.

Armut und Elend können überwunden werden, und die Staats- und Regierungschefs der reichen Länder sind aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit dies geschieht. Dies war die klare Forderung von 40 Millionen Menschen in 36 Ländern, die im Jahr 2005 an der "Weltweiten Aktion gegen Armut" teilgenommen haben. Ein Jahr später haben 24 Millionen Menschen am World Poverty Day für den Kampf gegen die weltweite Armut demonstriert.

Unter den zahlreichen internationalen Zusammenkünften im politischen Kalen-

der gilt der G8-Gipfel als das für die weltweite Armutsbekämpfung bedeutendste Treffen. (...) Was von den G8-Staaten gefordert wird, ist klar. Die Schulden armer Länder müssen erlassen, die Entwicklungshilfe erhöht und verbesserte, der internationale Handel gerechter gestaltet, Friedenssicherung und Rüstungskontrolle in die Tat umgesetzt und konzertierte Aktionen eingeleitet werden, um den Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Ärmsten der Welt zu begrenzen. Die Armut zu beseitigen ist die weltweit dringlichste und wichtigste Herausforderung.

Dort, wo die G8-Staaten handeln, wird das Leben vieler Menschen entscheidend verbessert. Seit dem G8-Gipfel im Jahr 2005 wurde der größte Teil der Schulden von 22 hochverschuldeten armen Ländern beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und bei der Weltbank erlassen. Dies hat dazu beigetragen, dass 20 Millionen mehr Kinder zur Schule gehen können. 18 Millionen Moskitonetze sind seitdem verteilt worden, und mehr als eine Million Menschen haben nun Zugang zur Behandlung von HIV/Aids. (...)

Beim G8-Gipfel in Gleneagles im Jahr 2005 sagten die reichen Länder zu, ihre jährliche Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2010 um 50 Mrd. US-Dollar zu erhöhen. Wenn der seit dem Zeitpunkt der Zusagen zu beobachtende Trend anhält, könnten die G8 nach Berechnungen Oxfams dieses Ziel um 30 Mrd. US-Dollar verfehlen. Der Preis dieses gebrochenen Versprechens? Auf Grundlage von Zahlen der Weltgesundheitsorganisation und UNAids hat Oxfam modellhaft errechnet, dass mindestens fünf Millionen Menschenleben gerettet werden könnten, wenn diese Gelder für lebensnotwendige Gesundheitsdienstleistungen für Mütter, Kinder und PatientInnen mit HIV/Aids zur Verfügung stünden. Der Konflikt in

Darfur ist seit vier Jahren ungelöst, die Anzahl der Menschen, die dort auf Hilfe von außen angewiesen sind, hat sich auf fast vier Millionen verdoppelt. Die Verhandlungen zu Handelsabkommen, die für gerechtere Handelsregeln sorgen sollen, sind nach wie vor blockiert und schleppen sich aufgrund des fehlenden politischen Engagements der reichen Länder dahin. Außerdem versäumen es die reichen Länder, dem katastrophalen Klimawandel Einhalt zu gebieten und denjenigen zu helfen, deren Existenzgrundlagen er bereits zerstört. Anstatt die Milliardenbeträge bereitzustellen, die die armen Länder benötigen, um sich an den Klimawandel und seine Folgen anzupassen, werden bislang lediglich ein paar Millionen zur Verfügung gestellt. Diese im Vergleich zum Bedarf winzigen Beträge werden zudem noch aus den gegenwärtig vorhandenen Entwicklungshaushalten finanziert.

Die G8-Staaten können nicht alle Probleme der Welt lösen. Aber wenn sie die Zusagen, die sie im Jahr 2005 gemacht haben, einhalten, und darüber hinaus alles in ihrer Macht Stehende tun, um Armut und Elend zu beenden, können sie das Leben von Millionen Menschen deutlich verbessern. In Heiligendamm stehen Afrika, HIV/Aids, Gesundheitsfürsorge und Klimawandel auf der Tagesordnung. Organisationen wie Oxfam fordern konkrete Fortschritte bei diesen Themen. Die G8-Staaten müssen über ihre Untätigkeit Rechenschaft ablegen, wobei die eigenen Ziele als Maßstab zu gelten haben. Sie müssen Farbe bekennen, denn zwei Jahre nach dem Gipfel von Gleneagles lautet die Wahrheit, dass die G8 ihre Versprechen brechen – mit entsetzlichen Folgen.

Oxfam International

www.oxfam.org

Die Welt kann nicht länger warten. Millionen Menschen bezahlen die Untätigkeit der reichen Länder mit ihrem Leben. (...)

PRESSEFREIHEIT

"Neue Qualität"

Interview mit dem Taz-Journalisten Felix Lee, dessen Berichterstattung zum G8-Gipfel verhindert werden sollte. Felix hat 2003 mehrere Monate in der woxx-Redaktion gearbeitet.



Felix Lee

Die Fragen stellte Claude Kohnen, freier Journalist in Berlin. Eine längere Fassung des Interviews wurde am 7. Juni im soziokulturellen Radio gesendet.

Claude Kohnen: *Dir wurde die Presseakkreditierung zum G8-Gipfel in Heiligendamm zeitweise entzogen. Wie hat man das begründet?*

Felix Lee: Das Bundespresseamt hatte mir letzte Woche per E-Mail mitgeteilt, dass man mir die schon vor drei Wochen bewilligte Akkreditierung aufgrund von Einwänden des Bundeskriminalamts wieder entzöge. Daraufhin habe ich beim Bundeskriminalamt nachgefragt. Dort habe ich erfahren, dass es eigentlich das Bundesamt für Verfassungsschutz war, das für diese Entscheidung verantwortlich ist. Gründe hat man mir nicht genannt. Nachdem ich an die Öffentlichkeit gegangen bin, habe ich die Akkreditierung dann doch noch erhalten.

Du bist ja nicht der einzige Betroffene, zum Beispiel wurde auch einer Mitarbeiterin von "Le Monde Diplomatique" die Akkreditierung verweigert. Steckt dahinter der Versuch, linke, kritische Medien mundtot zu machen?

Den Eindruck muss man bekommen. Ich habe mittlerweile erfahren, dass von den rund 4.000 Journalisten, die aus Heiligendamm berichten wollten, 60 die Akkreditierung verweigert wurde. Uns allen

wurden keine Gründe genannt, man kann also nur spekulieren. Da ich aber der einzige bin, der fest in der Redaktion einer Tageszeitung arbeitet, fiel es mir im Vergleich zu meinen freischaffenden KollegInnen auch leichter, Druck auszuüben.

Du hast in einem Interview gesagt, dass Du in Deinem ganzen Leben noch nicht einmal einen Strafzettel bekommen hast, und nun stehst Du offenbar beim Verfassungsschutz auf einer roten Liste. Wie bewertest du das?

Es gibt natürlich einiges zu kritisieren in diesem Land, aber wenn auf etwas immer sehr geachtet wurde, dann das hohe Gut der Pressefreiheit. So eine Aktion, wie ich sie nun erlebt habe, macht mich deswegen schon stutzig. Immerhin wurde mir die Akkreditierung wieder erteilt, aber vielen meiner Kollegen wird sie nach wie vor verweigert. Das zeigt, dass man versucht, kritische Journalisten in ihrer Berichterstattung zu behindern. Ob das jetzt gang und gäbe ist, kann ich nicht sagen. Bislang hatte ich nicht diesen Eindruck, aber die aktuellen Ereignisse besitzen eine neue Qualität.

Im Vorfeld war die Polizei sehr nervös. Es wurden Razzien durchgeführt.

Die Behinderung der kritischen Medien passt natürlich genauso in die Logik der Sicherheitshysterie wie die übertriebenen Razzien, die es vor einigen Wochen gegen

mutmaßliche G8-Gegner gab. Es wurde Post durchsucht, Geruchsproben von Aktivisten genommen und ähnliches. Das zeigt einen Sicherheitswahn, wie man ihn in den vergangenen Jahren in Deutschland nicht erlebt hat. Es ist bekannt, dass die US-Regierung sehr viel Druck in puncto Sicherheitsmaßnahmen ausübt, aber meiner Meinung nach muss die Bundesregierung nicht jede Sicherheitsmaßnahme ausführen, die die US-Regierung vorgibt.

Du warst schon in Heiligendamm und hast die Demo am Samstag miterlebt, bei der es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen ist. Riskieren diese Übergriffe nicht, die Forderungen der G8-Kritiker in den Hintergrund zu drängen?

Auf jeden Fall, und das ist sehr schade. Wenn ich mir diesen Samstag rückblickend anschau, so war das überwiegend eine große und friedliche Demonstration. Zu den Ausschreitungen ist es erst ganz am Ende gekommen. Der Auslöser war eine kleine, militante Gruppe Autonomer. Ärgerlicherweise hatte die Polizei das nicht sofort im Griff und hat in der Situation leider auch nicht auf Deeskalation gesetzt, wie es häufig bei Auseinandersetzungen dieser Art geschieht. Es ist schade, dass nun nur noch von den Krawallen berichtet wird und nicht mehr über die berechtigten Anliegen der G8-Kritiker.

Deeskalationsbemühungen in Rostock

In einer Pressemitteilung positioniert sich das Netzwerk Friedenskooperative zu den Krawallen von vergangem Samstag. Das Netzwerk Friedenskooperative, Mitveranstalter der Rostocker Großdemonstration, hofft für die nächsten Tage auf Bilder bunten und friedfertigen Protests.

Nach den Gewaltexzessen vom Samstag diskutieren alle Protestgruppen intensiv über notwendige Konsequenzen und arbeiten an deeskalierenden Maßnahmen. Erfolgreich wurde z.B. von den Organisatoren der geplanten Massenblockaden ein offenes Gespräch mit der Polizeiführung gesucht und die eigenen Aktionspläne offen gelegt. Von Seiten der "Kavala" wurde zugesichert, bei Auflösungen von Blockaden gemäß der aus dem Wendland bekannten "Rituale" - nach mehrfachen Aufforderungen Wegtragen mit verhältnismäßigen Mitteln - zu handeln. Nachdem vor den Kravallen die Polizei für die deeskalierende Linie bei der Demonstration gelobt wurde, beklagen die Protestgruppen jetzt den Wechsel zu martialischem Auftreten und rigoroser Einschränkung der Versammlungsfreiheit.

Die Demonstration zum Aktionstag Migration am Montag war mit starken Polizeikräften und Wasserwerfern eingeschlossen und am Start gehindert worden.

Die polizeiliche Begründung massiver Verstöße gegen das Versammlungsverbot oder sogar von Gewalttätigkeiten war nach vielen Aussagen von Beobachtern z.B. des "Komitees für Grundrechte und Demokratie" sowie anwesender JournalistInnen absolut unzutreffend.

Nachdem die Demonstration später erneut gestoppt und die vorher bestätigte Routenführung verweigert wurde, hatten die Veranstalter die Versammlung aufgelöst und dann nur noch eine rudimentäre Fassung der geplanten Kundgebung am Stadthafen durchführen können.

"Durch die nunmehr offenbar wegen des politischen Drucks überstarke Korrektur der Linie der Polizei wie auch durch die durch wenig Sachkenntnis getriebene aktuelle Sicherheitsdebatte ist die Versammlungsfreiheit in Rostock/Heiligendamm akut gefährdet", konstatiert Manfred Stenner, Geschäftsführer des Friedensnetzwerkes.

In diesem Zusammenhang begrüßt Stenner als Mitglied der Demonstrationsleitung vom Samstag das heutige Dementi der Agentur dpa. Die auf einer falschen Übersetzung eines Redebeitrags beruhende Meldung, von der Bühne sei zur Gewalt bzw. gar "Krieg" gegen die Polizei aufgerufen worden, hatte zu großer Empörung gegen die Veranstalter geführt und wohl auch zu wüsten Beschimpfungen und Drohungen beigetragen.

Alle Veranstalter in Rostock hoffen nunmehr, dass mit den vielen, seit Sonntag allesamt friedfertigen, Aktionen und Diskussionsveranstaltungen z.B. beim heute beginnenden Alternativgipfel endlich wieder die Inhalte der Kritik am G8-Treffen und die Debatte um Alternativen für eine "andere Welt" überwiegen, während parallel weiter sehr nachdenklich Möglichkeiten und Aktivitäten zu Deeskalation und Vermeidung von Gewalt entwickelt werden.

Dazu ist u.a. Manfred Stenner auf Bitte verschiedener Veranstalter weiterhin im Gesprächskontakt mit der Führung der Landespolizei.

Manfred Stenner,

Netzwerk Friedenskooperative, 5. Juni 2007